hlz-Notiz

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Zugang zu Bildung für Alle

Wir wünschen euch ein gutes Schuljahr!

Der Schuljahresbeginn stand ganz im Zeichen des Themas, das nicht nur Hamburg aktuell heftig bewegt: Wie können Flüchtlinge am besten versorgt werden? Diese Frage treibt nicht nur die politisch Verantwortlichen um, sondern auch viele Schulleiter_innen und Lehrkräfte, denn rund die Hälfte der 800.000 Flüchtlinge, die in diesem Jahr in Deutschland erwartet werden, sind schulpflichtig. Bis Ende 2015 werden in Hamburg über 30.000 Menschen in Hamburg Schutz gesucht haben.

Die Flüchtlinge bescheren Hamburg einen Schüler_innen-Boom – und damit neue Herausforderungen im Bildungssystem. Denn dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen an den allgemeinbildenden Schulen mit dem Beginn des neuen Schuljahrs von bislang 168.590 auf 172.540 klettert, liegt zu drei Vierteln an zugewanderten Familien. Etwa 3.000 der zusätzlich im Schulsystem unterzubringenden 3.950 Kinder stammen aus Flüchtlingsfamilien. Dazu kommen noch 1.650 geflüchtete Jugendliche zwischen 16 und etwa 20, die in Zukunft eine der 105 Integrationsklassen an den beruflichen Schulen besuchen und so dafür sorgen, dass die Zahl der Berufsschüler_innen nicht weiter abnimmt, sondern steigt.

Für das neue Schuljahr sehen die Zahlen wie folgt aus: Rund 2.400 Flüchtlingskinder kommen in 168 speziell dafür eingerichtete IVK-Klassen. Sie wurden vor allem an Grund- und Stadtteilschulen eingerichtet, die die größte „Last“ tragen. Zugleich wurden auch an 11 der 60 Hamburger Gymnasien Vorbereitungsklassen etabliert. Hinzu kommen noch einmal 600 Kinder, die in der zentralen Erstaufnahme (ZEA) in 50 verschiedenen Lerngruppen unterrichtet werden. Auch sie lernen hauptsächlich Deutsch. Umsonst ist das nicht zu haben: 300 bis 400 Lehrkräfte, vor allem für den Sprachunterricht, werden an den Schulen zusätzlich gebraucht. Der zusätzliche Finanzbedarf dürfte nach ersten Schätzungen bei über 20 Millionen Euro pro Jahr liegen.

Die GEW fordert den Senat auf, das Finanzrahmengesetz so zu verändern, dass zusätzliche Steuereinnahmen für diese besondere Herausforderung der angemessenen Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten genutzt werden können. Die notwendigen Ausgaben für die Flüchtlinge dürfen keinesfalls zu einer weiteren Belastung anderer sozialer Bereiche in dieser Stadt führen.

Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen den offenen Brief, den der Thüringer SPD-Vorsitzende und Erfurter Bürgermeister Bausewein an die Bundeskanzlerin geschickt hat und in dem er fordert, die Schulpflicht für Flüchtlingskinder auszusetzen, weil die Kapazität an den Schulen ausgereizt sei. Als GEW halten wir fest: Das Menschenrecht auf Bildung gilt für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen – ohne Ausnahme. Mit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, jedem Kind – unabhängig von seiner Herkunft und seinem Aufenthaltsstatus – den Zugang zu Bildungsangeboten zu öffnen.

Die Gesellschaft setzt auf vielen Ebenen solidarische Zeichen. Das ehrenamtliche Engagement der Pädagog_innen ist überwältigend. Um die Herausforderungen zu meistern und der besonderen Verantwortung der Lehrenden gerecht zu werden, brauchen sie mehr Unterstützung. Die Bildungseinrichtungen benötigen mehr Ressourcen und qualifizierte Fachkräfte, um ihre Integrationsaufgabe und ihren Bildungsauftrag zu erfüllen.